

# Aussch(1)uss statt Bürgernähe

**Zahnloser Ausschuss: Bürgerbeteiligung scheitert am Widerstand der Ressortverantwortlichen.**

■ INNSBRUCK. (acz/gstr). Seit der Regierungsbildung 2012 gibt's ihn nun schon: Den Bürgerbeteiligungsausschuss. Bemerkbar macht er sich jedoch kaum. Der Ausschuss – unter der Führung von GR Mesut Onay (Grüne) – scheint ein zahnloser Tiger zu sein, wenn es um die Umsetzung seiner Beschlüsse geht. So zum Beispiel in der Causa „Postfiliale Hötting West“, wo trotz Beschluss seit Jahren nichts weitergeht. Auch sonst sieht die Statistik



„Das ist Neuland und muss sich erst noch entwickeln. Wir wollen Initiativen setzen.“

GR MESUT ONAY (GRÜNE)

Foto: Czingujski

nicht rosig aus. Nicht nur, dass letztes Jahr der Ausschuss gerade ein einziges Mal getagt hat, auch die Zahl der Petitionen, die von Bürgern eingereicht wurden, ist blamabel: sechs Stück in 18 Monaten. Stellt sich



**Beispiel 1:** Anrainer sammeln Unterschriften gegen eine Verbauung des Olympiaparks. Der Ausschuss ist nicht involviert.

Foto: Ranalter

die Frage, welchen Nutzen der Bürgerbeteiligungsausschuss für die Bevölkerung hat? Onay weiß, dass die Bilanz nicht gut ausfällt: „Das ist Neuland und muss sich erst noch entwickeln“, argumentiert er. „Wir wollen mit neuen Maßnahmen frischen Wind in unsere Arbeit bringen und die Einwohner dazu motivieren, sich für ihre Ideen einzusetzen.“ Tatsächlich sind die Innsbrucker jedoch sehr aktiv im Artikulieren ihrer Anliegen – Peerhof, Flutlicht, Grassmayrkreuzung, Projekt Rucola und Aufstockung Schu-

bertstraße sind nur einige Beispiele. Überall ergriffen die Bürger selbst die Initiative und wehrten sich gegen Beschlüsse der Stadt – meist vergeblich. Die Ressortverantwortlichen zogen und ziehen ihre Projekte gegen alle Widerstände durch, eine Moderation durch den Bürgerbeteiligungsausschuss war nie erwünscht.

## Expertinnen gekündigt

Die Arbeit des Ausschusses wird auch durch die Tatsache erschwert, dass die Stellen der zwei ursprünglich eingestell-



**Beispiel 2:** Auch im Saggen wird gegen Verdichtungen demonstriert. Echte Bürgerbeteiligung findet abermals nicht statt.

Foto: Gstraunthaler

ten Experten-Mitarbeiterinnen – die im Juni 2014 unter Protest ihre Kündigung eingereicht haben – nie nachbesetzt wurden. Bgm. Christine Oppitz-Plörer ist amtsführend und hat in allen Bürgerbeteiligungs-Angelegenheiten das letzte Wort. Sie weist im Gespräch mit dem STADTBLATT darauf hin, dass diese Stellen „teilweise nachbesetzt“ seien, und zwar in Form eines „Bürgerratsmodells“ und Bürgerbüros (z. B. Vill, Mühlau) – hier wurden Mitarbeiter aus der Bürgerschaft ausgewählt, die am Beteiligungsprozess

teilgenommen haben. „Die Verwaltungsaufgaben des Bürgerbeteiligungsausschusses übernimmt die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit“, so Oppitz-Plörer. Ausschussvorsitzender Onay weiß davon noch nichts: „Seit über einem Jahr warten wir auf eine Nachbesetzung und ich höre jetzt das erste Mal, dass es keine geben soll.“ Nach Ablauf der halben Periode steht zu befürchten, dass die „Bürgerbeteiligung“, welche sich diese Regierung auf die Fahnen geschrieben hat, eine hohle Phrase bleibt. 1610767